

Soziale Marktwirtschaft im Zeichen der Unsicherheit

Bericht über den Tag der Ökonomischen Bildung am 25.03.2022

Vor der Pandemie war der Tag der Ökonomischen Bildung eine Art Klassentreffen der Wirtschaft Lehrenden der norddeutschen Bundesländer, bei dem Lehrkräfte aller Schulformen und aller Fächer der ökonomischen Bildung zusammenkamen, um sich auszutauschen, zu verabreden und zu vernetzen. Die anhaltende pandemische Lage aber zwang den veranstaltenden VÖBAS e.V., seine Jahrestagung am 25.03.2022 erneut als Online-Konferenz durchzuführen. Dabei fanden sich trotz der angespannten Lage in den Schulen rund 160 Personen aus 13 Bundesländern ein, um sich in Vorträgen und digitalen Workshops mit dem Tagungsthema „Soziale Marktwirtschaft - Hoffnungsträger oder Auslaufmodell?“ auseinanderzusetzen.

Wirtschaft und Politik im Krisenmodus

In seiner Einführungsrede erinnerte der VÖBAS-Vorsitzende Kajo Burkard daran, dass seit dem ersten Tag der Ökonomischen Bildung im Jahre 2008 sich Wirtschaft und Politik im Krisenmodus befinden: Finanzkrise, Staatsschuldenkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Brexit, Klimakrise, Corona-Krise. Die aktuelle Tagung schließlich werde überschattet von dem Krieg in der Ukraine. „Erschüttert und fassungslos blicken wir auf die humanitären, wirtschaftlichen und geopolitischen Folgen der völkerrechtswidrigen Invasion der russischen Streitkräfte in das angebliche ‚Bruderland‘. Es wird lange dauern, um wieder einen Zustand zu erreichen, in dem alle Angehörigen des „gemeinsamen europäischen Hauses“, Staaten, Unternehmen und Individuen, friedlich und konstruktiv zusammenarbeiten, um die drängendsten Menschheitsprobleme zu lösen: die Eindämmung des anthropogenen Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen, die Minderung der Ungleichheit der Lebenschancen in und zwischen den Staaten, insbesondere die Beseitigung von extremer Armut und Not, die Einhegung gewaltsamer inner- wie zwischenstaatlicher Konflikte.“ Auch die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft, so Burkard, sei in einer Zeit der Krisen und Kriege entstanden. Sie reflektiere „das definitive Scheitern des Laissez-faire in der Weltwirtschaftskrise, die negativen Erfahrungen mit der Zentralverwaltungswirtschaft, das Massensterben der Kriegs- und Nachkriegszeit, aber auch die Hoffnung auf eine Wirtschaftsordnung, die politische Freiheit, ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit ermöglicht und bewahrt.“

Ökonomische Bildung als Fach schulformübergreifend etablieren

In seinem Grußwort betonte Sven Schumann, Co-Vorsitzender des Bündnisses Ökonomische Bildung Deutschland (B.Ö.B.), dass ökonomische Bildung „letztendlich die Voraussetzung“ dafür sei, „dass die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig bleibt und eben nicht zum Auslaufmodell wird“. Aber kein Bundesland erreiche – trotz mancher Anstrengung in der Vergangenheit – das Ziel, „ökonomische Bildung als Nebenfach schulformübergreifend zu etablieren“. Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland mit inzwischen über 90 Organisationen, darunter auch neun Lehrerverbände, erwarte „keine schnelle Lösung“. Schumann wiederholte die vier zentralen Forderungen des Bündnisses an die Akteure der Bildungspolitik in Deutschland:

- Ökonomische Bildung muss für alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland in hinreichendem Umfang und verpflichtend im Schulunterricht verankert werden.
- Wirtschaftslehrkräfte müssen fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch qualifiziert sein.
- Schülerinnen und Schüler sollen Bezüge zur Arbeitswelt erleben können.
- Deutschland braucht eine nationale Strategie für ökonomische Bildung.

Janosch Schierke, Mitglied des VÖBAS-Vorstands und Lehrer am Herbartgymnasium Oldenburg, bestätigte Schumanns Darstellung: „Die Schüler rennen uns die Bude ein, mehr als 60 Prozent wählen das Fach Wirtschaft freiwillig, wenn es angeboten wird.“

Der Mensch im Mittelpunkt

Für den traditionellen Hauptvortrag konnte Prof Dr. Nils Goldschmidt, Leiter des Zentrums für ökonomische Bildung der Universität Siegen und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, gewonnen werden. Zum Thema „Entstehung und Entwicklung der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ führte er aus: „Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und Sozialordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland erfolgreich etabliert wurde. Der Maßstab für die Güte dieser Ordnung ist aber nicht allein die wirtschaftliche Effizienz, sondern primär das Wohlergehen der Menschen, die in ihr leben. Es muss ein wesentliches Anliegen der ökonomischen Bildung sein, nicht nur Sachkenntnisse über die Soziale Marktwirtschaft zu vermitteln, sondern ein Gespür für ihr Grundanliegen auszubilden, das den Menschen und das Zusammenleben in der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt.“

Der Umgang mit Unsicherheit und Risiken als das „neue Normal“

Dr. Hans-Peter Klös, Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft, sprach über aktuelle Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft aus der Sicht der Unternehmen: „Deutschland stand schon vor dem Ukraine-Krieg vor multiplen, miteinander verwobenen Herausforderungen. Schon die Corona-Krise war ein massiver asymmetrischer ökonomischer Schock, der sich durch den jetzigen Krieg in noch einmal verstärkter Weise fortsetzt. Aus Sicht der Unternehmen rangierte bis vor dem Krieg die Digitalisierung ganz oben auf der Liste der Herausforderungen. Gleichzeitig ist Digitalisierung auch ein zentraler `Enabler` für die Bewältigung anderer `Megatrends`, namentlich die Dekarbonisierung und die Demografie. Der Umgang mit Unsicherheit und Risiken wird zu einem `neuen Normal` für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Das deutsche Wirtschaftsordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft steht vor alten und tiefgreifenden neuen Herausforderungen. Wohlstandsverluste sind nicht ausgeschlossen. Der teilweise krisenhaft beschleunigte Strukturwandel erweist sich als multipler Stresstest für die Fähigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Krisen und Unsicherheit zu meistern, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. `Ordnungsdenken` bleibt wichtig, muss aber dem Praxistest politischen Handelns unter teilweise größter Unsicherheit bestehen. Nötig sind mehr Langfristorientierung, bessere Frühwarnsysteme und mehr risikobasierte Folgenabschätzungen. Durch eine stärkere Bepreisung von Umweltgütern, eine investive Kraftanstrengung in Digitalisierung, Dekarbonisierung, Ressourcensicherung und Verteidigungsfähigkeit kann es dennoch gelingen, die Wertschöpfungsbasis der deutschen Volkswirtschaft zu sichern und die soziale Teilhabe zu verbessern.“

Gelingsbedingungen der „sozialökologische Transformation“

Dr. Thomas Theobald, Leiter des Referats Finanzmärkte und Konjunktur beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, stimmte in seinem Vortrag Klös' Analyse zwar weitgehend zu, betonte aber aus gewerkschaftlicher Sicht, dass die „sozialökologische Transformation“ nur gelingen könne,

- durch den Einsatz „diverser Instrumente zur Arbeitszeitgestaltung und (Um-)Qualifizierung, bei der Aus- und Weiterbildung sich an erfolgreichen Pilotprojekten ausrichtet“,
- durch eine „aktive Sozialpolitik (Bsp. Mindestloohnerhöhung), deren Finanzierung auch höhere Bestandssteuern (Erbschafts- und Vermögenssteuer) umfasst und einer zunehmenden Polarisierung entgegnen“ sowie

- durch die Mobilisierung „europäischer Ingenieurskunst“ für die notwendige technologische Transformation.

Die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft erfordere eine stärkere Rolle des Staates zur „Gewährleistung eines stabilen Pfades öffentlicher Investitionen (crowding-in)“ und „um die Tarifpartner auf Augenhöhe zu halten und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken“.

Strategische Abhängigkeiten vermeiden

In der anschließenden Diskussion, die von Dr. Michael Koch, dem stellvertretenden wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Ökonomische Bildung (IÖB) Oldenburg, moderiert wurde, spielten die aktuellen Herausforderungen des Westens im Allgemeinen und der Sozialen Marktwirtschaft im Besonderen durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, aber auch durch das zunehmend imperiale Auftreten Chinas eine große Rolle. Zu konstatieren sei, so Dr. Klös, ein „fundamentaler Systemwettbewerb“, der durchaus den Anstoß zu einer „Neugründung der Europäischen Union“ geben könne, um europäische Gemeinschaftsgüter zu bewahren und zu verteidigen. In diesem Zusammenhang machte Dr. Theobald auf den Umstand aufmerksam, dass die VR China höchst unterschiedliche Ordnungsformen kombiniere, einerseits einen entfesselten Laissez-faire-Kapitalismus auf der Mikro-Ebene, andererseits eine sehr starke und teilweise verblüffend effiziente volkswirtschaftliche Steuerung auf der Makro-Ebene. Industriepolitisch müsse sich der Westen dieser „China first“-Politik durchaus mit „harten Bandagen“ widersetzen; er müsse gegenüber Störungen von Lieferketten resilienter werden, z.B. durch die Rücknahme der Just-in-time-Produktion. Dr. Klös forderte eine verbesserte Risikoabschätzung: „Wie erkennt man rechtzeitig geopolitische Veränderungen? Wie lassen sich strategische Abhängigkeiten vermeiden?“

Immer mehr ist nicht immer besser

Zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen forderte Dr. Theobald eine Neuorientierung der Haushaltspolitik, insbesondere eine Abkehr von der viel zu lange praktizierten Politik der „Schwarzen Null“. Deutschland habe kein Refinanzierungsproblem; bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt sinke die Staatsschuldenquote. Demgegenüber gab Dr. Klös zu bedenken, dass es auch eine Mikroökonomie der Staatsinvestition gebe. Immer neue staatliche Ausgaben führten, wie die bekannten Probleme des Beschaffungswesens der Bundeswehr zeige, zur keiner Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, wenn nicht stärker als bisher auf eine effiziente Verwendung der eingesetzten Mittel geachtet werde.

Ein bunter Strauß von Webinaren – Soziale Marktwirtschaft konkret

Am Nachmittag setzten sich die Teilnehmenden in sieben digitalen Workshops (Webinaren) mit einzelnen unterrichtlich relevanten Aspekten der Tagungsthematik auseinander:

- in Webinar 1 mit verhaltensökonomische Perspektiven auf Staat und Verbraucherinnen und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft,
- in Webinar 2 mit aktuellen Problemen des Verbraucherschutzes in der digitalen Welt am Exempler der Online Geschäfte,
- in Webinar 3 mit der durch die jüngsten Entwicklungen gefährdeten Geldwertstabilität, die Walter Eucken zu den konstituierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zählte,
- in Webinar 4 mit den Prinzipien und Wirkungen des Steuersystems auch unter dem Aspekt des sozialen Ausgleichs,
- in Webinar 5 mit der Bedeutung innovativer Unternehmerinnen und Unternehmer für die dynamische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft,

- in Webinar 6 mit der wissenschaftspropädeutischen Textarbeit zu den konzeptionellen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, um einen Referenzpunkt für aktuelle Diskussionen zu gewinnen,
- in Webinar 7 mit dem Versuch, in fächerübergreifenden Projekten die analytischen Stärken der verschiedenen Fachdisziplinen zum Verstehen der komplexen Ursachen und Folgen des Klimawandels zu nutzen.

Inflation wie in den 1970ern?

Auf sehr großes Interesse stießen die Einschätzungen von Dirk Gerlach von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Webinar 3: Die EZB sei noch im „Krisenmodus“. Ihr aktueller geldpolitischer Kurs sei „noch nicht auf den jüngsten Inflationsschub gemünzt, sondern im Gefolge der vorherigen krisenbedingten Maßnahmen weiterhin ultralocker“. Die eher ‘expansive Wartehaltung‘ der Geldpolitik zeige sich einerseits noch im „Gegensteuern gegen Krisen-Nachwirkungen (bei aktuell zusätzlicher Verunsicherung)“, während andererseits „Stabilisierungserfolge und anziehende Inflation ein ‘runter vom Gas‘ nahelegen“. Beim „Einstieg in den Ausstieg“ sei aber ein „Abwägen nötig zwischen zu frühem Entzug notwendiger Unterstützung und einer Begünstigung zu langer und zu hoher Inflation“. Eine „erste Tendenzänderung beim Eurosystem (s. Beschlüsse ab Sep. ’21, zuletzt März ’22)“ zeichne sich ab; man sei „von einer ‘Normalisierung‘ aber noch weit entfernt“.

Ausblick

Im VÖBAS-Vorstand wird derzeit erwogen, beim nächsten Tag der Ökonomischen Bildung (voraussichtlich im Frühjahr 2033) die komplexen Zusammenhänge von Weltwirtschaft und Geopolitik zu thematisieren, etwa den Wiederaufstieg Chinas zu imperialer Macht, den relativen Abstieg der USA und des sogenannten „Westens“, die Zukunft der Globalisierung, das globale Ringen um Einflusszonen, die Rolle der Europäischen Union usw.